



Zinsmanipulation – bis zum bitteren Ende

Wenn mehrstellige Milliardenkredite zur Rettung kollabierender Staaten gesprochen werden müssen, wie das derzeit der Fall ist, dann müssten die Zinsen eigentlich explodieren. Dies ist nicht der Fall. Warum nicht?

Zwar kämpfen jene Staaten, die faktisch bereits bankrott sind (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) bei ihrer verzweifelten Suche nach Überbrückungs-Darlehen von Banken bereits mit erhöhten Zinssätzen.

dass sie all ihre Darlehen wieder zurückerhalten.

Bankrotteure halten Bankrotteure am Leben

Dekret der EU-Regierungschefs

Doch die Krisenmanager für den EU-Raum, die europäischen Staatschefs, haben per Dekret apodiktisch tiefe Zinsen festgelegt. Die Bankrotteure erhalten Atempausen, indem die Europäische Zentralbank (EZB) statutenwidrig für Hunderte Milliarden Staatspapiere der Bankrotteure einerseits zu überhöhten Preisen, andererseits zu künstlich tiefgehaltenen Zinsen aufkaufen, damit die Liquidität der Bankrotteure kurzfristig erhalten bleibt.

Das heisst aber auch: Weil mit künstlich tiefgehaltenen Zinsen Abschreibungen vermieden werden, vertiefen sich die Schuldenlöcher täglich weiter. Würde die Zinsentwicklung dem Markt überlassen, müssten also risikogerechte Zinsen bezahlt werden, fiel das Kartenhaus mit Sicherheit innert Stunden zusammen.

Zusätzlich bewirkt das Tiefzinsdekret, dass die faktisch bankrotten Euro-Staaten den Kollaps hinausschieben können. Dies bewirkt, dass die Gläubiger der Bankrotteure vorderhand von Abschreibungen verschont bleiben, also faktisch Nicht-Rückzahlbares weiterhin als «Guthaben» in der Staatsbuchhaltung führen können. Und vor allem jene Banken, bei denen die Bankrotteure mit Hunderten Milliarden (allein die französischen Banken verzeichnen derzeit «Guthaben» bei Euro-Bankrotteuren in der Höhe von rund 750 Milliarden Euro) in der Kreide stehen, werden von Abschreibungen – welche die meisten Banken in die Pleite treiben würden – verschont.

Die künstlich dekretierte Tiefzinspolitik, bedeutet die faktische Übernahme der Finanzplätze durch die Staaten. Ob dies je abgebaut oder gar wieder aufgehoben werden kann, ist völlig ungewiss, völlig unabsehbar. Klar ist nur: Ewig lässt sich dieses System nicht halten. Je länger unausweichliche Kollapse aufgeschoben werden, desto dramatischer dürfte der schliessliche Kollaps ausfallen.

Schlussfolgerungen

Ein «Zweckbündnis» ist entstanden: Mit künstlich tiefgehaltenen Zinsen wird vermieden, dass überschuldete Staaten und Banken Konkurs anmelden müssen. Dafür besitzen die spekulativ Riesensummen an Bankrotteure ausleihenden Banken eine Staatsgarantie,

Wer dem Kollaps entgehen will, muss alles vorsehen, dass der Schweizer Franken stabil erhalten bleibt, dass die Schweiz nicht in den Schuldensumpf hineingezogen wird. Währungs-Sicherung statt Währungs-Verschleuderung muss die Devise lauten. Statt – wie der Bundesrat will – dreissig Milliarden in einen bodenlosen Schuldensumpf zu werfen, wäre die Erhöhung der Goldreserven der richtige Weg. Vorsorge fürs eigene Land, Vorsorge für die eigene Wirtschaft, Vorsorge für die eigenen Bürger müssten Priorität erhalten. Der Bürger hat die Botschaft längst verstanden, nur der Bundesrat nicht.

Ulrich Schlüer